Bezugspreis:
Für Dresden vierteljährlich: 2 Mark 50 Pf., bei den Kaiserlich deutschen Postanstalten vierteljährlich 3 Mark; außerhalb des Deutschen Reiches Post- und Stempelzuschlag. Einzelne Nummern: 10 Pf.

Erscheinen:
Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage abends.
Fernspr.-Anschluß: Nr. 1295.

Dresdner Journal.

Ankündigungsgebühren:
Für den Raum einer gespaltenen Zeile kleiner Schrift 20 Pf. Unter „Eingesandt" die Zeile 50 Pf.
Bei Tabellen- und Ziffernsatz entsprechender Aufschlag.

Herausgeber:
Königliche Expedition des Dresdner Journals
Dresden, Zwingerstr. 20.
Fernspr.-Anschluß: Nr. 1295.

№ 238. Donnerstag, den 12. Oktober abends. 1899.

Nichtamtlicher Teil.

Zur Lage in Oesterreich.

Der österreichische Reichsrat wird am 18. d. Mts. seine Thätigkeit wieder aufnehmen. Eine mehr als achtmonatliche Pause hat die Erinnerung an die peinlichen Vorfälle noch nicht völlig verwischt, die sich in dem letzten Sessionsabschnitte abgespielt haben. Nur vier Tage währten die Beratungen, die nach den Weihnachtsferien im letzten Drittel des Januar stattfanden. Der Verlauf jener Sitzungen mußte aber die hartnäckigsten Optimisten davon überzeugen, daß ein normales, ersprießliches Wirken des Parlaments unter den damaligen Verhältnissen vollkommen ausgeschlossen war. Diese Ueberzeugung kam auch in den Regierungskreisen rasch zum Durchbruche, und so endete denn die unerquickliche parlamentarische Episode des verflossenen Winters binnen kurzer Frist mit einem traurigen Mißerfolge. Fast ein halbes Jahr wurde dann durch die fruchtlosen Versuche ausgefüllt, eine Klärung auf dem politischen Gebiete anzubahnen und damit auch die Grundlage für ein regelrechtes Arbeiten des parlamentarischen Apparats zu schaffen. Diese einzelnen Versuche sind nicht über bescheidene Anfänge hinaus gediehen, der Nothehelf des § 14 mußte immer wieder benutzt werden, und die konsequente Anwendung dieses Auskunftsmittels verlieh der gesamten Entwickelung nach außen hin ein noch schärferes Gepräge.

Das Ministerium, dessen Handlungen mit dieser Lage verknüpft waren, ist nun vom Schauplatze verschwunden. Vor dem Parlament werden neue Männer erscheinen, die keinen Anteil an allen Geschehnissen der Vergangenheit hatten und die ein unbefangenes Entgegenkommen von allen jenen großen Parteien beanspruchen dürfen, die mit dem Kabinett Thun überhaupt nicht mehr in politische Verhandlungen eintreten wollten. Wenn das neue Ministerium auch nur als ein Uebergangs-Kabinett auf den Plan tritt, so zeigt seine Zusammensetzung doch ganz unzweifelhaft, daß der „Uebergang" den Abschluß einer für das Deutschtum drückenden und nachteiligen Regierungspolitik markieren soll. Die angekündigte Aufhebung der Sprachenverordnungen wird der erste Schritt zur Erfüllung der sachlichen Forderungen der deutschen Führer sein und die Versicherung, daß man an höchster Stelle das deutsche Pfingstprogramm als diskutable Grundlage einer künftigen gesetzlichen Regelung der Sprachenfrage betrachte, muß den deutschen Parteien als eine weitere Gewähr für die Berücksichtigung ihrer gerechten Ansprüche erscheinen.

Soll nun die neue Lage zu einer dauernd gesicherten werden, so müssen die deutschen Parteien das ihrige thun, um die Erreichung dieses Zieles zu ermöglichen. Die Schwenkung der letzten Wochen bedeutet in letzter Linie nichts anderes als ein im Sinne der milden und versöhnlichen Absichten des Monarchen erfolgtes Zugeständnis an die parlamentarische Minderheit. Die Aufgabe der letzteren ist es jetzt, dafür zu sorgen, daß die weitere Entwickelung mit dem parlamentarischen Prinzip in Einklang gebracht werden kann. Von der Haltung der deutschen Abgeordneten hängt heute nicht nur die Zukunft der deutschen Partei im Reichsrate ab, sondern mittelbar auch das Schicksal der bisherigen Mehrheit. Manche Gruppen der letzteren hegen die unverhohlene Neigung, den von oben herab eingeleiteten Umschwung mit dem Aufgebote aller Kräfte zu hemmen; andere Mehrheitsparteien gehorchen nur zögernd und widerwillig dem Drucke, der sie zum Entgegenkommen gegen die Deutschen zwingt. Diese gespannte und ungeklärte Lage kann nicht lange bleiben. Sie muß sich entweder in der Richtung ausgestalten, die durch das Eingreifen des Monarchen vorgezeichnet wurde, oder sie muß durch eine Rückbildung im Sinne der früheren slavischen Mehrheitsherrschaft ihren Abschluß erfahren. Legen die deutschen Politiker das Hauptgewicht ihrer politischen und parlamentarischen Taktik auf die Wahrung ihres nationalen Besitzstandes und der großen Interessen ihrer Wähler und verzichten sie auf den zwecklosen und erbitterten Kampf in untergeordneten Nebenfragen, so werden sie mit der Unterstützung der Krone den Anschluß an die gemäßigten Gruppen der bisherigen Mehrheit vollziehen können. Wenn man auf deutscher Seite aber in der jetzigen entscheidungsschweren Zeit die Gebote der Klugheit und Mäßigung außer acht läßt, so wird man den offenen und geheimen Widersachern nur den willkommenen Beweis dafür liefern, daß die Neugruppierung, die den Deutschen den Rückweg aus der Opposition eröffnen soll, unmöglich sei. Die Tschechen hoffen auf einen solchen Verstoß ihrer Gegner, und mit ihnen hoffen so manche, die nach außen hin als Freunde des Deutschtums gelten wollen. Die maßgebenden deutschen Gruppen werden sich vor allem von den verhetzenden Ratschlägen emanzipieren müssen, die ihnen aus den vorgeschobenen Stellungen der eigenen Partei entgegentönen. Es war begreiflich, daß die Führer jener Gruppen in der Zeit des erbittertsten Kampfes in eine bedenkliche Abhängigkeit von den radikalen Schreiern und Umstürzlern gerieten. Nunmehr aber handelt es sich nicht um den Popularitäts-Wettkampf, sondern um die zielbewußte Ausnutzung strategischer Vorteile, welche den Sieg sichern soll. Auf den parlamentarischen Schlachtfeldern ist der Kampf um die wertvollsten nationalen Güter auszutragen. Als wirklich kampfbereite Gegner stehen den Deutschen im Augenblicke nur die Tschechen gegenüber. Die anderen Parteien werden sich erst noch entscheiden, auf welcher Seite sie in die Fehde eingreifen wollen. Von dem Geschick der Deutschen hängt es ab, ob diese Entscheidung für sie oder ihre Feinde die Isolierung bedeuten wird.

Zum sozialdemokratischen Parteitage

verzeichnen wir nachstehend zwei Auffassungen in der rechtsstehenden Presse.

Ueber den ersten Sitzungstag des Hannoverschen „Arbeiterparlaments" äußert sich die „Kreuzztg." folgendermaßen:

Der erste Tag hat einen augenscheinlich selbst die sozialdemokratische Parteileitung überraschenden, und zwar angenehm überraschenden Verlauf genommen. Wie der „Vorwärts" sich wenig „respektvoll" ausdrückt, unterschied sich der erste Tag der Parteitagswoche von allen früheren Jahrgängen dadurch, daß er „eine erstaunlich umfassende Aufräumungsarbeit" leistete. Es wurde in den wenigen Stunden nicht nur die Konstituierung des Bureaus, die Feststellung der Tagesordnung und die Begrüßungsaktion an die Söhne aus fernen Landen vollzogen, sondern man „räumte" mit einer Schnelligkeit sondergleichen auch mit den Berichten des Parteivorstandes, der Kontrolleure, der Parteileitung und der Resolution des „Genossen" Liebknecht, betreffend die Beschickung des im Herbst nächsten Jahres zu Paris stattfindenden internationalen Sozialistenkongresses, auf. Von einer Debatte, wie sie sich sonst an jene Berichte zu knüpfen pflegte, war so gut wie keine Rede, und hätte nicht „Genosse" Ledebour die Nichtaufnahme der Löbtauer Bauarbeiter als „Opfer" in der „Märtyrerliste" des sozialdemokratischen Zentralorgans mit der ihm eigenen Hartnäckigkeit aufs Tapet gebracht und einen „Rüffel" für die Parteileitung gesordert, so hätte der Parteitag recht gut noch weitere „Aufräumungsarbeiten" zu stande bringen können.

Dem Parteivorstande ist diese noch nicht dagewesene „Selbstbeschränkung" der Delegierten natürlich in hohem Grade erwünscht. Die Partei- und Fraktionsberichte vertreten sonst auf den Parteitagen die Stelle des Etats und geben den „Genossen" Gelegenheit, ihr Herz zu erleichtern und hier und da das Verhalten einzelner Führer zu kritisieren. Diesmal hat man davon Abstand genommen. Ob dies infolge eines Winkes von der Parteileitung geschehen sei, wissen wir natürlich nicht; allein auch ein solcher Wink würde nicht seinen solchen Erfolg gehabt haben, wenn nicht überhaupt das Interesse an den Parteitagsverhandlungen entschieden nachgelassen hätte. Schon der Umstand, daß in diesem Jahre nicht halb soviele Anträge gestellt worden sind wie an früheren Parteitagen, beweist, daß dem Gros der „Genossen" die weitschichtigen, meist in Zänkereien gipfelnden Verhandlungen des „Arbeiterparlaments" gleichgiltiger geworden sind, und die rasche „Aufräumungsarbeit" bestätigt durchaus diese Auffassung. Der „Vorwärts" meint zwar, man habe am Montag in Hannover nur das Bestreben gehabt, „für die bedeutsamen großen grundsätzlichen Auseinandersetzungen Raum und Zeit zu schaffen"; allein man würde kaum in dieser Weise verfahren sein, wenn man nicht auch in der Sozialdemokratie von einer großen Parlamentsmüdigkeit befallen wäre und rasch reinen Tisch machen möchte.

Mit welcher Schnelligkeit am Montage in Hannover „gearbeitet" wurde, ist aus der Behandlung der „Maifeier"-Resolution ersichtlich. Dieser Gegenstand, der einen besonderen Punkt der Tagesordnung bildete, wird sonst als einer der wichtigsten für die sozialdemokratische Propaganda und Taktik ausgegeben, und noch im vorigen Jahre sollte er auf den Wunsch des „Genossen" Pavras den Mittelpunkt der Parteitagserörterungen bilden. Am Montage las der Berichterstatter Pfannkuch die bezügliche Resolution vor, empfahl sie mit einigen kurzen Worten zur Annahme, und die Annahme erfolgte ohne Erörterung einstimmig. Dabei heißt es in der Resolution: „Die Arbeitsruhe am 1. Mai hat sich immer mehr eingelebt . . ." Diese unzutreffende Behauptung fand keinen Widerspruch. Mundus vult decipi mag man dabei gedacht haben.

Ueber den zweiten Sitzungstag bez. über Bebels Rede, die den Dienstag fast ganz ausfüllte', schreibt die „Post":

Der zweite Tag der sozialdemokratischen Heerschau in Hannover hat nicht die erwartete Auseinandersetzung gebracht, weil Bebels Rede fast den ganzen Tag in Anspruch nahm. Man schenkt nämlich in der Hauptsache dem sozialdemokratischen Parteitage fast nur noch Beachtung unter dem Gesichtspunkte der Mauserung und des Familienzwistes. Die sonstigen Tiraden erinnern zu sehr an die alte Leier, es sind die oft bis zum Ueberdruß gehörten „alten Kamellen". Den Inhalt der Bebelschen Rede kannte man schon von vornherein im wesentlichen; immerhin bot sie doch durch manche charakteristische Bemerkung einiges Interesse. Er vollzog das Parteiurteil über Bernstein, den er oft recht grob anfuhr und in der sechsstündigen Rede kein einziges Mal „Genosse" nannte. Der Anfang war milder als der Schluß. Immer schärfer wurde im weiteren Verlaufe der Rede auf Bernstein losgeschlagen, besonders weil er das Staatsverbrechen begangen hatte, an der politischen Einsicht des Proletariats zu zweifeln. Im Prophezeien ist übrigens Bebel vorsichtiger geworden, nachdem er mit seiner Voraussage des Zukunftsstaates für 1898 Fiasko gemacht hat. Er bemerkte gelegentlich, es werde noch sehr lange dauern, bis der Tag der großen Expropriation komme. Wenig gut zu sprechen war Bebel auf die „Harmonieapostel", welche vom „guten Herzen" der Bassermann, Heyl 2c. bei den Debatten über das Koalitionsrecht sprachen. Als Bebel es als bornierte Ansicht des Bürgertums bezeichnete, daß die Sozialdemokraten Revolution machen und sich niederknallen lassen möchten, rief Ledebour etwas voreilig, so dächten auch „Genossen", weil er meinte, Bebel wolle die revolutionären Hoffnungen einsargen. Das war aber nicht der Fall. Der Parteigewaltige warf den auf die Mauserung zur Reformpartei hoffenden Gegnern einen Brocken hin, auf den sie sich eilig stürzen werden, ohne zu merken, daß Bebel nur die Revolution verwirft, so lange sie aussichtslos ist, so lange man „niedergeknallt" wird, ohne etwas zu erreichen. Im nächsten Satze bestätigte er, daß die Partei das Bürgertum in seiner Existenz bedroht und es zu beseitigen strebe. Weiterhin sagte Bebel ausdrücklich, die Partei sei eine revolutionäre, und sie bleibe, was sie bisher gewesen sei; es liege kein Grund vor, von den Prinzipien und der alten Taktik abzugehen. Deutlich tritt das auch in der Resolution hervor, welche von Bebel zur Annahme empfohlen wurde. Darin wird es als Ziel der Sozialdemokratie bezeichnet, die politische Macht zu erobern, um dann ihre Ziele durchführen zu können. Um das Endziel zu erreichen, heißt es weiter, sei jedes mit den Grundanschauungen vereinbare Mittel recht, wenn es nur Erfolg verspreche. Sobald also die Sozialdemokratie sich stark genug fühlt, daß die Revolution Erfolg verspricht, wird sie eben dieses Mittel wählen. Die Resolution lehnt ein Zusammengehen mit bürgerlichen Parteien von Fall zu Fall nicht ab, wenn sich dabei Vorteile herausschlagen lassen, aber die Partei soll in jeder Weise ihre Selbständigkeit bewahren und jeden Erfolg nur als einen Schritt auf dem Wege des unverrückt im Auge zu haltenden Endziels betrachten. Eine jede Verrückung und Verschleierung der Parteistellung gegenüber der Staats- und Gesellschaftsordnung wirft die Resolution entschieden zurück. Daß sie angenommen wird, daran ist kein Zweifel.

Tagesgeschichte.

Dresden, 12. Oktober. Unter dem Vorsitze Sr. Excellenz des Hrn. Staatsministers v. Seydewitz und in Gegenwart der Herren Räte des Ministeriums des Kultus und öffentlichen Unterrichts fand heute die gesetzlich geordnete Jahreskonferenz der Bezirksschulinspektoren, zu welcher auch die Herren Schuldirektoren Dernoscheck in Neugersdorf bei Löbau, Hennig in Meißen, Schulze in Grimma, Dr. Schilling in Zwickau und Dr. Haupt in Oelsnitz i. V. Einladungen erhalten hatten, in den Räumen des Kultusministeriums statt. An den Verhandlungen nahmen zugleich der Präsident des Landesmedizinalkollegiums Hr. Geh. Rat Dr. Günther und als Abgeordneter des Evangelisch-lutherischen Landeskonsistoriums Hr. Oberkonsistorialrat Dr. Kohlschütter teil. Die Konferenz wurde von Sr. Excellenz mit einer längeren Ansprache eingeleitet, die, anknüpfend an die Jahresberichte der Bezirksschulinspektoren für 1898, eine große Anzahl Punkte aus den verschiedensten Gebieten des Volksschulwesens berührte. Zugleich nahm Se. Excellenz Bezug darauf, daß am 15. Oktober d. Js. 25 Jahre seit dem Inkrafttreten des Volksschulgesetzes vom 26. April 1873 verflossen sein werden. Auf Grund der Tagesordnung berichtete zunächst einer der Herren Bezirksschulinspektoren über die Entwickelung des sächsischen Volksschulwesens in den letzten 25 Jahren. Hierauf wurden die Fragen wegen des nur fünftägigen Schulunterrichts im Winterhalbjahre gemäß der Verordnung vom 23. Mai 1870 und wegen Drahtheftung bei Schulbüchern einer eingehenden Besprechung unterzogen.

Deutsches Reich.

* **Berlin.** Gestern morgen haben Sich Ihre Kaiserlichen Majestäten im Stadtschloß zu Potsdam von Ihren Majestäten der Königin Wilhelmina und der Königin-Mutter der Niederlande verabschiedet. Se. Majestät der Kaiser haben die Majestäten darauf zum Bahnhofe begleitet. Um 10 Uhr vormittags hörten Se. Majestät den Vortrag des Chefs des Zivilkabinetts Wirkl. Geh. Rats Dr. v. Lucanus.

— Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht jetzt den Wortlaut der von Sr. Majestät dem Kaiser gelegentlich der Besichtigung des aus Ostasien zurückgekehrten großen Kreuzers „Kaiser" an die Besatzung gerichteten Ansprache:

„Mit tiefem Dank gegen Gott, der schützend seine Hand über Euch Allen gehalten hat, begrüße Ich aus wärmstem Herzen dies bewährte Schiff und seine tapfere Besatzung. Zugleich spreche Ich Euch Meinen Dank als Euer oberster Kriegsherr und den des gesamten deutschen Vaterlandes aus dafür, daß Ihr von neuem den deutschen Namen im Auslande zu Ehren gebracht habt. Dieses gilt vor allem dem Teile der Besatzung, der jetzt, das Gewehr in der Hand, vor Mir steht und der mitgewirkt hat bei der auf Meinen Befehl bewirkten Besitznahme von Kiautschou.

Gott sei Dank verfolgt jetzt alt und jung, hoch und niedrig im Deutschen Reiche mit Liebe und Interesse jedes unserer wenigen Kriegsschiffe, welche im Auslande Aufgaben zu erfüllen haben. Ganz besonders aber Mein Schiff „Kaiser" ist mit klopfendem Herzen und reger Spannung bei der Lösung der Aufgabe in Tsintau begleitet worden, und es lebt wohl kein deutscher Mann und keine deutsche Frau in unseren weiten Gauen, welche nicht freudig und erhobenen Sinnes die in der Heimat einlaufenden Nachrichten lasen, wie mannhaft Ihr und Euere Kameraden des Kreuzergeschwaders für Deutschlands Ehre eingetreten seid.

Für Mich ist es eine besondere Freude, daß gerade dieses tüchtige, ein Vierteljahrhundert alte Schiff am voraussichtlichen Ende seiner diesjährigen Laufbahn für diese einen so würdigen Abschluß finden durfte. Seine Entstehung verdankt es dem durch den großen Kaiser neu geeinten deutschen Vaterlande, seinen Namen dem Titel, der Jahrhunderte lang in aller Zeit von der ge-

Kunst und Wissenschaft.

Die Ueberwindung der Pest.
(Bericht der Pasteur-Kommission über die Pest in Oporto.)

Die Geschichte der Pest-Epidemien scheint in medizinischer Hinsicht an einem großen Abschnitt angelangt zu sein. Der Bericht der aus Frankreich nach Oporto entsandten Kommission, die die Wirksamkeit der bisherigen Impfmittel gegen die Pest feststellen sollte, ist dem „Allgem. Wissensch. Berichten" aus Paris zugegangen und bringt die Kunde mit sich, daß sich das vom Pariser Pasteur-Institut hergestellte Anti-Pestserum in glänzender Weise bewährt hat. Nach den Einzelheiten des Berichtes kann man die Pestgefahr nach diesen letzten Errungenschaften nahezu als überwunden bezeichnen. Der Bericht ist nicht nur von dem ausgezeichneten Physiologen Calmette, dem Direktor des Pasteur-Instituts in Lille und Leiter der französischen Mission nach Oporto, und seinem Begleiter Dr. Salimbeni vom Pasteur-Institut in Paris unterzeichnet worden, sondern auch von einer Reihe portugiesischer, spanischer und auswärtiger Aerzte, die in Oporto Gelegenheit hatten, sich von den im Bericht beschriebenen Erfolgen zu überzeugen; es finden sich da die Namen Dr. Ricardo Jorge, Professor an der Schule für Medizin und Direktor des Hygienischen Dienstes in Oporto, Dr. Camara Pestana, Professor an der Schule für Medizin und Direktor des Königl. Bakteriologischen Instituts ebenda, Dr. Jaime Ferran, Direktor des Bakteriologischen Instituts in Barcelona, zwei weitere Aerzte aus Barcelona, zwei Aerzte aus Christiania und ein russischer Marinearzt Dr. Höppener. Das wichtige Schriftstück trägt den Titel „Bericht der Internationalen Kommission in Oporto über die Prophylaxie und Behandlung der Bubonenpest" und lautet in der Uebersetzung etwa folgendermaßen:

Die auf Anregung des Conseil-Präsidenten, Ministers des Innern ernannte Kommission hat mit Unterstützung der unterzeichneten ausländischen Aerzte, die zum Studium der Bubonenpest in Oporto anwesend sind, Versuche unternommen, um den vorbeugenden und therapeutischen Wert des Antipestserums des Pariser Pasteur-Instituts und den vorbeugenden Wert verschiedener Flüssigkeiten von Impfkulturen zu untersuchen, die nach der Methode Ferran-Haffkine bereitet und zur Anwendung in Portugal vorgeschlagen worden sind. Die von der Kommission ausgeführten Versuche haben sich zu allernächst auf das Antipestserum bezogen, weil man dringend wissen mußte, ob man auf die doppelte — vorbeugende und heilende — Wirkung dieses Serums im Falle einer Epidemie rechnen könnte. Die Versuche bezüglich der präventiven Wirkung des Serums sind an Mäusen und Affen gemacht worden. Die Kommission hat festgestellt, daß Mäuse, die mit $^{1}/_{100}$ ccm, und Affen, die mit 2 ccm zuvor geimpft worden waren, eine völlige Widerstandskraft gegen die Krankheit besitzen und keine sichtliche Störung ihrer Gesundheit erleiden, wenn man ihnen 24 oder 48 Stunden nach dem Serum eine Dosis von Pestgift einimpft, die unter anderen Umständen in 36 Stunden für die Mäuse und in 5 Tagen für die Affen unbedingt tödlich sein würde. Mit Bezug auf die Heilwirkung hat die Kommission festgestellt, daß alle Mäuse, die mit einer sicher in 36 Stunden tödlichen Dosis von Pestkultur geimpft worden waren, dem Gift widerstanden, wenn sie innerhalb 14 Stunden nach der Ansteckung mit ¼ ccm Serum unter die Haut geimpft wurden. Die Kommission ist jetzt dabei, durch andere Experimente an Affen festzustellen, welche Dosen von Serum je nach der Länge der seit der Ansteckung verstrichenen Zeit und je nach der Schwere der Krankheits-Symptome in den einzelnen Fällen anzuwenden seien. Aber schon jetzt geht die Kommission auf Grund ihrer Versuche im Laboratorium und der klinischen Anwendung im Krankenhause den Schluß, daß das Antipestserum eine unbestreitbar vorbeugende Wirkung und eine auffallende Heilwirkung im Falle geeigneter Anwendung besitzt und daß es deshalb für die Behandlung der Pest unbedingt angenommen werden muß. Die Kommission hat sich davon überzeugt, daß dieses Serum, unter die Haut von Kranken geimpft, sogar in sehr starken täglichen Dosen (40 bis 60 ccm) nicht im stande ist, irgend einen nachteiligen Einfluß auf den Patienten auszuüben. Sie hat ferner erkannt, daß es in gewissen Fällen verzögerten Einschreitens oder sehr schwerer Erkrankung oder bei einem starken Hautausschlag, der die Aufnahme des Serums durch die Haut vermindert, angezeigt ist, das Serum direkt in die Adern (Venen) einzuführen. Man kann sehr leicht 20 ccm Serum auf einmal in die Venen eines Kranken einspritzen, wenn man die nötigen Vorsichtsmaßregeln dabei beobachtet. Wenn es sich um einen leichten Fall von Bubonenpest handelt, der gleich nach dem Ausbruche zur Behandlung kommt, so wird diese darin bestehen, 20 ccm Serum auf einmal unter die Haut der rechten oder linken Weiche einzuimpfen. Man wird die Injektion jeden Tag wiederholen, bis die Temperatur des Kranken auf den normalen Stand gefallen ist, und wird kleine tägliche Dosen von 10 ccm wiederholen, wenn sich von neuem eine Neigung zur Temperatursteigerung zeigt. In schweren Erkrankungsfällen mit sehr hohem Fieber wird es immer geraten sein, sofort am ersten Tage 40 ccm auf einmal unter die Haut zu geben, diese Injektion am nächsten Tage zu wiederholen und mit abnehmenden Dosen in den folgenden Tagen fortzufahren, bis alle Fiebererscheinungen verschwunden sind. Man wird niemals vor der Benutzung starker Dosen des Serums zurückzuschrecken brauchen und muß unbedingt mit den Impfungen jeden Tag fortfahren, so lange noch Fieber da ist. Die Erfahrung zeigt nämlich, daß in einer ansteckenden Krankheit wie der Pest die Mikroben, die in den Säften des Organismus zirkulieren, nicht auf einmal verschwinden, sie können z. B. in den Nervenknoten oder in den Lymphdrüsen überdauern und von da aus eine neue Vergiftung des ganzen Körpers herbeiführen, wenn sie nicht vollständig vernichtet werden. Der Verlauf der Temperatur und das Allgemeinbefinden des Kranken geben den Anhalt zur Beurteilung der Dosen, die täglich anzuwenden sind. Was die vorbeugende Wirkung mit dem Antipestserum betrifft, so schließt die Kommission aus ihren Experimenten, daß man absolut auf einen wirksamen und unmittelbaren Schutz aller Personen rechnen kann, die sich einer vorbeugenden Impfung mit etwa 5 ccm Antipestserum unterwerfen. Die Dauer der so erworbenen Widerstandsfähigkeit kennt man noch nicht genau, aber nach dem Studium über die Sera im allgemeinen ist zu schließen, daß sie etwa 25 Tage dauert.

Man folgen die ebenfalls sehr wertvollen Erfahrungen der Kommission mit der Anwendung der aktiven Impfung mit Pestkulturen nach der Methode Ferran-Haffkine: Die aktive Impfung durch Kulturen von Pestbazillen, die auf 70 Grad erwärmt wurden, giebt nach den in Indien ausgeführten und durch die Deutsche Kommission von 1897 kontrollierten Experimenten bei Tieren und wahrscheinlich auch bei Menschen eine dauerhaftere Immunität, aber diese stellt sich langsamer ein, erst nach 8 bis 12 Tagen. Auch in Oporto ist die Anwendung mehrerer Proben solcher Kulturen vorgeschlagen worden, und die Kommission hat Experimente damit begonnen, jedoch werden noch einige Monate darüber vergehen, ehe die Untersuchungen abgeschlossen sein werden. Nach den bisherigen Erfahrungen bringt die Impfung mit solchen Kulturen allein eine Gefahr mit sich. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß Tiere, die mit einer solchen Kultur und dann mit einer unter gewöhnlichen Umständen nicht tödlichen Dosis von Pestgift geimpft worden waren,

SLUB
Wir führen Wissen.